Ausgebüxte Kühe und 1 000 Seiten Papier

In den Sommerferien macht die Kommunalpolitik Pause, aber danach geht es richtig los. Dabei stellt sich heraus: Kommunalpolitik ist viel mehr als Fraktions- und Ausschusssitzungen

Grundsteinlegung für den ersten Abschnitt des Baugebietes „Tornesch am See“ (v. l.): Hartmut Thede vom Bauunternehmen Semmelhaack, Roland Krügel, Bürgermeister Tornesch, Andreas Breitner, Innenminister Schleswig-Holstein, Annina Semmelhaack und Bauunternehmer Theodor Semmelhaack. *Foto: Dohrn*

Freiwillige Feuerwehr international Für Kommunalpolitiker sind Feuerwehrtermine Pflicht, denn bei der Feuerwehr gibt es die wichtigsten Ehrenämter in der Kommune. Außerdem liegt die Wache in meinem Wahlkreis. Weil sie erweitert und modernisiert wurde, drängeln sich an diesem Samstagmorgen 300 Gäste vom Landrat bis zu den Wehrführern der Partnerstädte in Polen, Dänemark und Österreich in der Halle, wo sonst die Löschfahrzeuge stehen. Ich lerne: Die Freiwillige Feuerwehr ist international vernetzt. Die Jugendwehr hat eine Warteliste. „Wegen der guten Ausstattung und weil es Spaß macht“, sagt ein Jungfeuerwehrmann. Kein Wunder, die Jugendwehr war gerade in Polen. Sie hat ein altes Löschfahrzeug dorthin überführt.

Kommunalpolitisch radeln Unser Bundestagsabgeordneter Ernst Dieter Rossmann hat zur Radtour geladen. Die SPD-Fraktion ist fast vollständig zur Stelle, dazu drei weitere Bürger. Wir besuchen u. a. den Neubau eines Kindergartens. 1 200 Quadratmeter groß ist er, soll Platz für 100 Kinder bieten. Ab September gibt es eine 100-Prozent-Versorgung für Kindergartenkinder und eine 70-Prozent-Versorgung für Krippenkinder, erklärt unsere Fraktionsvorsitzende. „Hut ab“, befindet der Bundestagsabgeordnete.

Fraktionssitzung ohne mich Die Arbeit hat noch gar nicht angefangen und schon kommt die erste Terminkollision: An der ersten Fraktionssitzung nach der Sommerpause kann ich nicht teilnehmen, obwohl der Bauausschuss vorbereitet wird, in dem ich Mitglied bin. Im Ausschuss werden die Entscheidungen vorbereitet, über die später die Ratsversammlung abstimmt. Die Genossen werden mich informieren. Der Beruf geht vor.

Wein und Bier und Dorfgebiete Der Bauausschuss tagt: Es geht um die Umwidmung eines Dorfgebietes in ein Wohngebiet. Ein Dorfgebiet dient der „Unterbringung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe“. Bauern wirtschaften auf der Fläche, um die es geht, schon lange nicht mehr, aber Bauland ist gefragt. Damit sind wir einverstanden. Nach dem Ende der Sitzung gibt der Bürgermeister Bier und Wein aus. Ich bleibe, die einzige Frau unter Männern. Von der ehemaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin Heide Simonis habe ich gelernt: „Nur im Mädelsclub sitzen, damit kommt man nicht weiter.“ Die interessanten Sachen werden immer beim Bier besprochen.

200 Seiten Papier Fraktionssitzung mit umfangreichem Programm: Wir bereiten die Sitzung des Umwelt- und des Hauptausschusses vor. Umwelt ist überschaubar. Themen sind u. a. Lärmschutz und eine ziemlich hohe Summe im Nachtragshaushalt für ein Baumkataster der öffentlichen Straßenbäume. Die 121 Seiten der Hauptausschusssitzung reichen von der Asylbewerber-Unterbringung und Zuwendungen an den Tierschutzverein bis zum Ankauf von Flächen und Personalfragen. Hier wird, so scheint mir, so ziemlich alles verhandelt, was sich in den Fachausschüssen nicht unterbringen lässt. Der Eindruck täuscht. In der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein steht: „Der Hauptausschuss koordiniert die Arbeit der Ausschüsse und kontrolliert die Umsetzung der von der Gemeindevertretung festgelegten Ziele und Grundsätze in der von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister geleiteten Gemeindeverwaltung.“

Teure Straßenbäume und Schienenbonus Der Umweltausschuss tagt: Ein Bürger beklagt sich über die „illegale Ernte“ von Fliederbeeren in einer Seitenstraße. Die Pflanzen würden dabei beschädigt. Ob die Gemeinde Verbotsschilder aufstellen könne. „Können wir auf keinen Fall“, befindet der Bürgermeister. Recht hat er. Holunder wächst wie Unkraut. Dazu passt das Thema kommunale Bäume. Wir wollen wissen, warum die so teuer sind. Im Nachtragshaushalt sind zusätzliche 40 000 Euro für die „Sanierung von Straßen-

bäumen gemäß Baumkataster“ veranschlagt. Begründung der Verwaltung: „Aufnahme des Baumkatasters ergab mehr Bäume“. Alle Bäume auf kommunalem Grund müssen erfasst, einmal im Jahr begutachtet, und – wenn nötig – beschnitten oder gefällt werden. Sonst zahlt die Versicherung nicht, sollte jemand wegen eines kommunalen Baums zu Schaden kommen. Die 40 000 Euro werden wir wohl ausgeben müssen.

Beim Hauptthema Verkehrslärm zeigt sich, dass die EU ihr Gutes hat. Dank der Lärmrichtlinie der EU vom 18. Juli 2002 müssen Kommunen Lärmkarten aufstellen und Vorschläge zur Lärmminderung machen. Zu berücksichtigen sind Hauptverkehrsstraßen mit jährlich mehr als drei Millionen Fahrzeugen und viel befahrene Bahnstrecken. Die Lärmkarte hat ergeben: Wir haben ein dickes Problem. Nicht oder kaum wegen der Autos, sondern wegen der Bahn. Die Strecke führt mitten durch den Ort und ist stark befahren. Je nach Windrichtung können die Anwohner in ihrem Garten das eigenes Wort kaum hören.

Ich lerne ein neues Wort: „Schienenbonus“. Das bedeutet: Die Bahn darf ein Dezibel lauter sein als der Autoverkehr, bevor Schallschutz notwendig wird. Das ist fast eine Verdopplung des Schalldrucks. Der Schienenbonus gilt noch bis 2020. Schallschutz ist bei der Bahn freiwillig, aber weil die Belastung in unserem Ort so hoch ist, könnte 2015 mit dem Bau von Schallschutzwänden begonnen werden, so der Bürgermeister. Die Wände führen dann mitten durch den Ort. Für uns Kommunalpolitiker ergeben sich Fragen über Fragen: Wie hoch werden die Schallschutzwände? Aus welchem Material werden sie sein? Berücksichtigt die Bahn die Schallschutzgrenzwerte, die ab 2020 gelten?

Kreise mit klebrigen Fingern
Der Termin nennt sich „vorbereitende Gruppenbesprechung für den Städtebundtag 2013“. Das klingt sehr bürokratisch. Mein Ortsvorsitzender und ich sind die Delegierten der SPD-Fraktion unserer Stadt. Der Städtebund sei „kein Bürgermeisterverein“ sondern vertrete die Interessen von Haupt- und Ehrenamtlichen gegenüber der Landesregierung und Drittorganisationen, erklärt der Geschäftsführer Jochen von Allwörden. Das ist gut zu wissen.

Ich lerne außerdem: Auch Kreise haben klebrige Finger. Seit dem 1. August gibt es ein Anrecht auf einen Kindergartenplatz. Das hat der Bund so beschlossen und gibt dafür Geld: rund 2,7 Milliarden Euro für den Bau und die Einrichtung neuer Betreuungsplätze sowie bis 2,7 Milliarden für die Betriebskosten von neuen Betreuungsplätzen bis 2014. Schleswig-Holstein zahlt den Kommunen in diesem Jahr 15 Millionen Euro. Das Geld verteilen die Kreise an die Kommunen. Einige Kreise lassen sich den Aufwand bezahlen, so Brigitte Fronzek, die Bürgermeisterin von Elmshorn und stellvertretende Vorsitzende des Städteverbandes. Das heißt, sie leiten das Geld nicht zu 100 Prozent weiter an die Kommunen – „klebrige Finger“ nennt Fronzek das.

SPD-Mitgliederversammlung mit Europa Ulrike Rodust, unsere Europaabgeordnete, kommt zur Mitgliederversammlung. Die jetzige Krise in Europa hält sie für „die tiefste Krise, die wir bisher hatten.“ Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Ländern nennt sie „unverantwortlich“. Das sei eine verlorene Generation, die keine Chance habe auf Träume, auf Hoffnung auf die Zukunft. Rodust: „Wir werden ein Ende der Krise erst haben, wenn wir die Arbeitslosigkeit auf einen normalen Rahmen zurückgeführt haben und möglichst gleiche Lebensbedingungen erreicht haben.“

Grundsteinlegung mit Busenstar Auf einer Fläche von 37 Hektar sollen 1 000 Wohneinheiten entstehen. „Tornesch am See“ heißt das Projekt. Bei dem ersten Bauabschnitt sind auch 88 öffentlich geförderte Wohneinheiten dabei. Deshalb ist auch Andreas Breitner, der schleswig-holsteinische Innenminister gekommen. Der lobt das Bauvorhaben. Breitner: „Ziel ist, besonders dort fördern, wo bezahlbarer Wohnraum knapp ist.“ Dazu hat die Landesregierung in diesem Jahr eine „Offensive für bezahlbares Wohnen“ gestartet, im unmittelbaren Hamburger Umland sollen 450 preiswerte Mietwohnungen entstehen. Breitner lobt auch die vorausschauende Bodenpolitik der Kommune. Die kaufte nämlich schon vor Jahren einer Baumschule das Land ab, das nun für den Wohnungsbau genutzt wird. Der Bauunternehmer hat es im Juni sogar auf die erste Seite der Bild-Zeitung geschafft. Titelzeile: „Busenstar heiratet einen der reichsten Deutschen“.

Wieviel Dezibel sind das? *Foto: Dohrn*

Von Kühen und Molchen
Ingo kommt später zur Fraktionssitzung, sein Vater entschuldigt ihn. „Das Tor zu einer Weide stand offen. Die Kühe sind ausgebüxt.“ Die Familie hat einen Milchbetrieb. Nun muss Ingo die Kühe wieder einfangen, bevor es dunkel wird. Wir diskutieren derweil ein weiteres neues Baugebiet, das auf dem Gelände eines Sportplatzes entstehen soll. Die „Abwägung über die Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung“ umfasst 131 Seiten. Geprüft wurde: Ist es zu laut um zu bauen oder zu nass? Leben auf dem Gelände geschützte Arten wie Moorfrösche oder Kammmolche? Gibt es Altlasten? Alle erdenklichen Institutionen vom Naturschutzbund bis zur Luftfahrtbehörde haben das Vorhaben geprüft und keine unüberwindbaren Einwände gemeldet.

Wir werden zustimmen, auch wenn sich einige Anwohner gegen das Bauvorhaben wehren, weil sie von ihren Terrassen statt auf einen Sportplatz zukünftig auf die neuen Häuser schauen werden.

Bilanz des Monats August
Zehn Termine, mehr als zwei die Woche. Knapp 1 000 Seiten Vorlagen gelesen, und einiges gelernt – vom Schienenbonus der Bahn, über kommunale Baumkataster und die internationalen Verflechtungen der Tornescher Feuerwehr. Wirklich ein arbeitsreicher Monat mitten im Sommer.

Susanne Dohrn